

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes Christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

r. 25.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postfachkonto 7718 Köln.

Köln, den 23. Juni 1911.

Inserationspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellengehuch und Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Köln, Palmstraße 14. Telefonruf B. 1542. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag.

12. Jahrg.

Unsere Lohnbewegungen im Jahre 1910.

Die schon im vergangenen Jahre mehrfach hervorgehobene Besserung der Konjunktur hat auch auf unsere Lohnbewegungen einen günstigen Einfluß ausgeübt. Wohl noch keinem Jahre vorher waren soviel Mitglieder an Lohnbewegungen beteiligt wie im letzten. Nachdem in den vorhergehenden Jahren der wirtschaftlichen Depression die Kollegen fast ihre Wünsche nach besseren Lohn- und Arbeitsverhältnissen zurückgestellt hatten, trat im vergangenen Jahre um stärker das Bestreben nach einer günstigeren Gestaltung vor. Während im vorigen Jahre 5485 Mitglieder an Lohnbewegungen und Streiks beteiligt waren, betrug die Zahl im Jahre 1909 2786 und im Jahre 1908 2335, es sind zusammen 5121 Mitglieder. Im Jahre 1910 waren mit noch 364 Mitglieder mehr an Lohnbewegungen beteiligt als in den Jahren 1908 und 1909 zusammen.

Besonders erfreulich ist die ständig steigende Zahl der friedlich verlaufenden Lohnbewegungen. Das Bestreben der Arbeitgeber immer mehr dahin; weite Kreise derselben sehen nämlich wohl ein, daß eine Verständigung mit den Gewerkschaften doch besser ist als langwierige Kämpfe. In den meisten Fällen allerdings sind es die geschlossenen Kampfgruppen und die starken Rüstungen der Arbeiter, welche die Arbeitgeber zu einer friedlichen Verständigung bewegen.

Es wird deshalb auch neben der friedlichen Verständigung, wie bisher, so auch wohl in Zukunft noch oft genug langwierigen und hartnäckigen Kämpfe kommen. Die Kollegen haben also allen Grund, wie bisher so auch fernerhin energisch an dem weiteren Ausbau des Verbandes mitzuwirken.

Ueber den Umfang der Lohnbewegungen und Streiks ist nachstehende Tabelle Aufschluß:

Lohnbewegungen ohne Streik	mit 4670 beteiligten Mitgliedern
Angriffstreits	433
Abwehrstreits	81
Aussperrungen	301
zusammen	mit 5485 beteiligten Mitgliedern

Wie die Tabelle zeigt, kam es bei den 184 Bewegungen in 78 Fällen zum Streik oder Aussperrung. Dieselben hatten folgendes Ergebnis:

	erfolgreich	teilweise erfolgreich	erfolglos
Angriffstreits	35	10	5
Abwehrstreits	5	3	—
Aussperrungen	9	6	5
zusammen	49	19	10 = 78

Von den 78 Streiks und Aussperrungen endeten wie die obige Tabelle zeigt 68 mit einem vollen oder teilweisen Erfolg für die Kollegen. Die dafür gebrachten Opfer sind also nicht unsonst gewesen. Für Streiks und Aussperrungen wurden in der Hauptkategorie 61 658,10 Mk., von den Lokalkassen 394,15 Mk., zusammen also die Summe von 70 552,25 Mk. bezahlt. Also trotz der größtenteils friedlich verlaufenen Bewegungen eine ganz erhebliche Summe.

Die gesamten Erfolge, welche durch die Lohnbewegungen und Streiks erzielt wurden, lassen sich natürlich nicht zahlenmäßig ausdrücken. Immerhin lassen sich an Hand der Lohnbewegungs- und Streikstatistik die direkten Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzungen größtenteils feststellen, wie nachstehende Aufstellung beweist:

Für 146 Mügl. wurde eine Lohnhöhh. v. 0,60 Mk. pro Woche erzielt	155	0,90
849	1,20	
938	1,62	
3129	1,74 bis 3,60 Mk. p. Woche	
20	4,20 Mk. pro Woche erzielt	
18	5,40	
5255 Mügl.		

An Arbeitszeitverkürzungen wurde erreicht:

Für 1469 Mitglieder eine Verkürzung von 1 Stunde pro Woche	10	1 1/2
75	2	
18	2 1/2	
237	3	
238	4	
92	6	
2189 Mitglieder		

Es wurde also durch die Tätigkeit des Verbandes für 255 Mitglieder eine mehr oder weniger große Lohnsteigerung erzielt. Außerdem errangen 2189 Mitglieder eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 1—6 Stunden.

Ueber die durch die Lohnbewegungen geförderte Entwicklung unseres Tarifvertragswesens wurde schon in Nr. 9 des Verbandesorgans ausführlich berichtet. 72 Tarifverträge für 253 Mitglieder wurden neu abgeschlossen oder infolge neuer Vereinbarung verlängert oder ausgedehnt. Da im ganzen

5485 Mitglieder im vorigen Jahre an Lohnbewegungen oder Streiks beteiligt waren, so ergibt sich, daß für den größten Teil der Kollegen nicht nur Erfolge in Form von Lohnsteigerungen und Arbeitszeitverkürzungen erreicht wurde, sondern daß auch für die weitaus meisten derselben die Lohn- und Arbeitsverhältnisse eine tarifliche Regelung erfuhr. Am Jahreschluss 1910 war unser Verband an 140 Tarifverträgen mit 7675 Mitgliedern beteiligt. In Nr. 9 des Verbandesorgans war die Zahl der im Jahre 1910 abgeschlossenen Tarifverträge mit 71 und die Zahl der am Jahreschluss bestehenden mit 139 angegeben. Die wirklichen Zahlen sind 72 und 140. Die Zahl der beteiligten Personen und der erfassten Betriebe erfährt keine Veränderung.

Wie der vorstehende Auszug aus der Lohnbewegungsstatistik im vergangenen Jahre zeigt, hat unser Verband an der Besserung der wirtschaftlichen Lage der Kollegen kräftig mitgearbeitet. Immer mehr müssen sowohl die Arbeitgeber als auch unsere Gegner im Arbeiterlager mit uns rechnen. Mögen nun auch den Kollegen die bisherigen Erfolge ein weiterer Ansporn sein an der Ausbreitung und innern Kräftigung des Verbandes mit neuer Begeisterung zu arbeiten, damit auch in Zukunft über weitere Erfolge berichtet werden kann.



Die neue Reichsversicherungsordnung.

V.

Die Invalidenversicherung.

Durch die Reichsversicherungsordnung wird die Invalidenversicherungspflicht auf weitere Personengruppen ausgedehnt. Es sind das die Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken, sowie Personen, die als Bühnen- oder Orchestermitglieder beschäftigt werden. Es werden also nach § 1212 vom vollendeten 16. Jahre an versichert:

1. Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge, Diensthofen,
2. Betriebsbeamte, Werkmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, sämtlich, wenn diese Beschäftigung ihren Hauptberuf bildet,
3. Handlungsgehilfen und Lehrlinge, Gehilfen und Lehrlinge in Apotheken,
4. Bühnen- und Orchestermitglieder ohne Rücksicht auf den Kunstwert der Leistungen,
5. Lehrer und Erzieher,
6. die Schiffsbesatzung deutscher Seefahrzeuge und die Besatzung von Fahrzeugen der Binnenschifffahrt.

Die unter Nr. 2 bis 6 Bezeichneten, also Betriebsbeamte, Handlungsgehilfen, Schiffer sind nur dann versicherungspflichtig, wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst 2000 Mk. übersteigt. Die Verdienstgrenze bei den 3 Versicherungsarten ist verschieden; sie beträgt für die Betriebsbeamten und Angestellte bei der Krankenversicherung 2500 Mark, bei der Unfallversicherung 5000 Mk. Die genannten Personen sind jeweils innerhalb dieser Gehaltsgrenze versicherungspflichtig.

Die Hausgewerbetreibenden, Heimarbeiter sind nur dann invalidenversicherungspflichtig, wenn sie als gewerbliche Arbeiter im Sinne der Gewerbeordnung in Betracht kommen. Die Hausgewerbetreibenden werden zwar durch die R.-V.-O. der Krankenversicherung unterworfen, nicht aber der Invalidenversicherung. Es ist den verbündeten Regierungen überlassen, die Versicherungspflicht auch auf diese Kategorie von Arbeitern auszudehnen. Es können so mehr die besonderen Verhältnisse der Heimarbeiter, die in den verschiedenen Teilen des Reichs sowohl wie nach ihrer Beschäftigungsart so verschieden sind, berücksichtigt werden. Dem Bundesrat ist es überlassen, die Versicherungspflicht auch auf Betriebsunternehmer, Bauern usw. auszudehnen, die in ihren Betrieben nicht mehr als einen Versicherungspflichtigen beschäftigen. Der Zwangsinvalidenversicherung steht die freiwillige Versicherung gegenüber.

Zum freiwilligen Eintritt in die Versicherung (Selbstversicherung) sind bis zum vollendeten vierzigsten Lebensjahre berechtigt 1. die im voraus angeführten § 1212 unter Nr. 2 bis 5 Bezeichneten und Schiffer, wenn ihr regelmäßiger Jahresarbeitsverdienst mehr als als 2000 Mk., aber nicht über 3000 Mk. beträgt, 2. Gewerbetreibende und andere Betriebsunternehmer, die in ihren Betrieben regelmäßig keine oder höchsten zwei Versicherungspflichtige beschäftigen, sowie Hausgewerbetreibende, 3. Personen, die nur gegen freien Unterhalt oder nur vorübergehend gegen Entgelt beschäftigt werden.

Die Berechtigten können die Selbstversicherung beim Ausscheiden aus dem Arbeitsverhältnis fortsetzen, bezw. erneuern. Die Bestimmungen darüber sind etwas strenger gehalten, als nach dem alten Gesetz, und zwar im Hinblick auf die Hinterbliebenenversicherung. Die freiwillige Versicherung, bezw. die Weiterversicherung wird durch die Hinterbliebenenversicherung wertvoller und in erhöhtem Maße ausgeübt werden, daher auch höhere Kosten verursachen.

Die Invalidenversicherung wird nach Lohnklassen

durchgeführt. Die Höhe der Beiträge und der Renten wird nach ihnen bemessen. Dem Versuche, den vorgesehenen Lohnklassen noch weitere anzufügen, in Rücksicht auf die höher entlohnnten Arbeiter und Angestellten, trat die Regierung mit großer Entschiedenheit gegenüber. Es wurde von dieser Seite betont, daß dadurch eine völlige Revolution der Grundlagen der Versicherung herbeigeführt und die Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger

in bedenklichem Grade würde gefährdet werden. Es bleibt denn auch bei den bisher schon gültigen fünf Lohnklassen; die erste bis 350 Mk., dann die weiteren bis 550, 850, 1150 und die fünfte von mehr als 1150 Mk. Soweit nicht anders bestimmt ist, ist für die Zugehörigkeit zu den Lohnklassen statt des tatsächlichen Jahresarbeitsverdienstes ein Durchschnittsbetrag maßgebend. Dieser wird bemessen nach dem Orts- bezw. Grundlohn. Da dessen Festsetzung und Berechnung eine andere sein wird als bisher, darüber ist in den vorausgehenden Artikeln schon einiges gesagt, so wird für viele eine bessere Versicherung eintreten als bisher.

Die Versicherung in einer höheren Lohnklasse ist erlaubt, der Arbeitgeber zum höheren Beitrag nur verpflichtet, wenn er sie mit dem Versicherten vereinbart hat.

Mit Rücksicht auf die Hinterbliebenenversicherung werden die Beiträge

bei den einzelnen Lohnklassen etwas erhöht. Es trifft auf die einzelnen Klassen 2, 4, 6, 8 und 10 Pfennig. Jede Woche ist zu zahlen in der

I. Klasse	16 Pfg.
II. "	24 "
III. "	30 "
IV. "	38 "
V. "	46 "

Die Hälfte der Beiträge zahlt der Arbeitgeber.

Renten.

Als Leistungen gewährt die Versicherung Invaliden- oder Altersrenten sowie Renten, Witwengeld und Waisenaussteuer für Hinterbliebene. Invaliden- oder Altersrente erhält, wer die Invalidität oder das gesetzliche Alter sowie die nötige Zahl geheimer Marken nachweist. Hinterbliebenenfürsorge wird gewährt, wenn der Verstorbene die Wartezeit (200 Wochen) für die Invalidenrente erfüllt hat. Witwengeld und Waisenaussteuer wird dann gewährt, wenn die Witwe selbst die Wartezeit erfüllt hat. Der auf die Invalidenrente hauptsächlich bezugshabende § 1240 wurde in der Kommission unter dem Widerspruch der Regierung erweitert und auch im Plenum so akzeptiert. Der betreffende Paragraph lautet nunmehr:

Invalidenrente erhält ohne Rücksicht auf das Lebensalter der Versicherte, der infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen dauernd invalide ist.

Als invalide gilt, wer nicht mehr imstande ist, durch eine Tätigkeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten entspricht und ihm unter billiger Berücksichtigung seiner Ausbildung und seines bisherigen Berufs zugemutet werden kann, ein Drittel dessen zu erwerben, was körperlich und geistig gesunde Personen derselben Art mit ähnlicher Ausbildung in derselben Gegend durch Arbeit zu verdienen pflegen.

Invalidenrente erhält auch der Versicherte, der nicht dauernd invalide ist, aber während sechsundzwanzig Wochen ununterbrochen arbeitsunfähig gewesen ist oder der nach Wegfall des Krankengeldes invalide ist, für die weitere Dauer der Invalidität (Krankendauer).

Altersrente wird wie bisher gewährt, nach vollendetem 70. Lebensjahre, auch dann, wenn der Versicherte nicht invalide ist. Die meisten Parteien des Reichstags sind Freunde der Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre und Gewährung der Rente von diesem Jahre an. Dagegen hatte sich die Regierung schon in der Kommission mit großer Entschiedenheit ausgesprochen. Im Plenum wäre beinahe die ganze Reichsversicherungsordnung an dieser Frage gescheitert, indem die Linke durch einen erneuten Antrag auf Herabsetzung der Mehrheit ein Bein stellte. Die Regierungen sprachen ihr Unannehmbar aus. Die Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre koste 29 Millionen Mark, wovon 9 Millionen dem Reiche. Staatssekretär Delbück erklärte: Werde der Antrag angenommen, so würden die verbündeten Regierungen die R.-V.-O. als gescheitert betrachten.

Angeichts dieser Verhältnisse, bei dem einheitlichen Widerstand der verbündeten Regierungen, im Hinblick auf die ernste Gefahr des Scheiterns der ganzen Reichsversicherungsordnung, die, wie auch der nationalliberale Redner Dr. Stresemann zugestand, einen großen Fortschritt bedeutet, blieb den Freunden der Vorlage nichts anders übrig, als gegen die Herabsetzung der Altersgrenze zu stimmen.

Vorher hatte schon in einer vielbemerkten Rede unser Kollege Reichstagsabgeordneter Becker (Arnsberg) darauf hingewiesen, daß die Herabsetzung der Altersgrenze nicht die wichtigste Forderung der christlichen Arbeiterkraft sei. Auf dem Kongress der christlichen Gewerkschaften in Köln wurde ausdrücklich verlangt, daß man den Invaliden, die noch unversorgte Kinder haben, in erster Linie helfe und deren Bezüge erhöhe sollte. Namentlich in Gewerbe und Industrie gibt es eine große Anzahl von Arbeitern, die zwischen 30 und 40 Jahren invalide werden; da sind sehr oft noch Kinder da, die nichts verdienen. Diesen zu helfen, ist viel dringlicher, als andern, die bei 65 Jahren noch nicht invalide sind und keine Kinder haben. Die Kommission habe denn auch auf Antrag des Zentrums Kinderrente eingeführt, die etwa 10 Millionen Mark den Versicherten bringen wird.

Generalversammlung des Gewerkevereins der Holzarbeiter H.-D.

Der Gewerkeverein der Holzarbeiter H.-D. hielt in den Pfingsttagen seinen 13. ordentlichen Delegiertentag im Gewerkevereins Hause zu Berlin ab. Anwesend waren 20 Delegierte, sowie die Angestellten des Gewerkevereins. Auffallen muß, daß nach den Zeitungsberichten nicht der Gewerkevereinsvor-

Berichte aus den Zahlstellen.

Arnsberg. In Arnsberg, der Regierungshauptstadt in Westfalen, wurde, wie schon vor einiger Zeit in unserem Organ berichtet wurde, unser Verband neu eingeführt. Schon im Jahre 1904 war hier eine Zahlstelle, jedoch bestand dieselbe hauptsächlich aus Sägearbeitern, welche, als ihre Arbeitgeber unsern Verband etwas schief ansahen, bald wieder austraten. Jetzt sind es die Schreiner, welche geschlossen dem Verbande beigetreten sind. Diesem Umstande allein ist es zu verdanken, daß unser Bezirksleiter auf Wunsch der Kollegen sich bereit erklärte, sofort, nachdem die Kollegen in den Verband eingetreten waren, die Führung einer Lohnbewegung zu übernehmen. Wie unter Lohnbewegung zu lesen ist, ist die Bewegung bereits mit einem ganz vorzüglichen Erfolge beendet und zwar ohne Kampf. Diese Bewegung hat wieder einmal mit aller Deutlichkeit gezeigt, daß dort, wo die Kollegen geschlossen und einig dastehen, etwas geleistet werden kann, und da sind auch Streiks meistens überflüssig. Die Arnsberger Kollegen haben das erfahren. In demselben Augenblicke, als die Meister von Arnsberg einsahen, daß ihre Leute ausnahmslos dem Zentralverbande christlicher Holzarbeiter beigetreten und daher voll Vertrauen auf die Führung des Verbandes die Lohnbewegung inszenierten, da waren sie bereit zu verhandeln und einen dreijährigen Tarifvertrag abzuschließen. Jetzt haben wir die Grundlagen zu einem geordneten Arbeits- und Lohnverhältnis, auf denen weitergebaut werden kann und eine vorzügliche Handhabe, unsere zukünftigen Arbeitsverhältnisse gut und heilgemäß zu gestalten. Bisher war es hier so, daß die meisten Kollegen wegen der bestehenden miserablen Arbeitsverhältnisse alles aufboten, um möglichst bald auf die hiesige Eisenbahnwerkstätte zu kommen, wo es allgemein etwas besser bestellt war. Jahrelang waren die Kollegen bei der Betriebsleitung der Königl. Eisenbahnwerkstätte vorgemerkt und hofften voller Sehnsucht auf den Augenblick, wo sie endlich in die „Seligkeit“ bei der Eisenbahn eintreten konnten. Dieser Umstand war es auch, der die Kollegen von der Berufsorganisation fernhielt. Das ist jetzt anders geworden. Der errungene Erfolg sowohl, wie auch die noch zu erfassenden Verbesserungen, ermöglichen es, auch außerhalb der Eisenbahnwerkstätte ein menschenwürdiges Auskommen zu erlangen, welches in freierlicher Beziehung dem der Eisenbahnarbeit unstrittig vorzuziehen ist. So wie in Arnsberg muß es in ganzen Sauerlande werden. In einer Reihe von sauerländischen Orten ist der Anfang gemacht und wenn überall der Organisationsgedanke sich entwickelt, ist es gar nicht schwer, Erfolge zu erzielen. In Neheim-Hüsten, moßteft einige tüchtige Kollegen unsere Sache fördern, werden diese hoffentlich ebenfalls bald etwas erreichen. Eine besondere Aufgabe der Arnsberger und Neheim-Hüstener Kollegen muß es jetzt sein, so bald wie möglich in dem hochindustrireichen Westphale ebenfalls unsern Verband einzuführen. Je mehr wir in möglichst allen Orten unseres Bezirkes unsern Verband Einfluß verschaffen, desto sicherer und besser werden unsere Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Bleiben wir also einig und halten wir unsern Verband hoch.

Ulm a. D. Am Samstag, den 17. Juli fand im Lokale zum Herrnteller eine sehr zahlreich besuchte christliche Holzarbeiterversammlung statt. Es hielt Herr Kuhn einen interessanten Vortrag über die Geschichte Deutschlands. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde der Unterrichtskursus empfohlen, der von Studenten aus Ulm abgehalten wird. Ebenso wurde einstimmig beschlossen, in den Monaten im Sommer zwei Versammlungen abzuhalten. An dem Auszug nach Laupheim am 2. Juli werden sich unsere Kollegen zahlreich beteiligen. Kassierer Kollege Schönheinz brachte die erfreuliche Mitteilung, daß durch die Hausagitation im II. Quartal 30 Neuaufnahmen zu verzeichnen waren. Weiter wurde ein Brief verlesen von einem unserer Kollegen, welcher in der Fremde ist. Welche Höflichkeit die roten Kollegen an seinem neuen Wohnorte besitzen, beweist am besten das als unser Kollege nach dem Rath. Vereinshaus fragte, er gleich einen Schlag ins Gesicht erhielt, daß er mehrere Minuten ohnmächtig war. In diesem Zustande nahmen sie ihm die Bücher ab, welche sich in der Rocktasche befanden. „Willst du nicht mein Bruder sein, so schlage ich dir den Schädel ein!“ Kollegen! Haltet trotz und alledem fest am Verband!

Weiden. Am 12. Juni hatten sich im Josefsbause eine Anzahl Schreiner zu einer Besprechung über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in hiesiger Stadt eingefunden. Sekretär Schwarz begrüßte die Erschienenen und besprach die jüngsten Vorgänge in der Arbeiterbewegung. Kollege Seeberger aus Jülich legte in seinen Ausführungen die Kämpfe und Erfolge des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter dar. Das Resultat war, daß sämtliche anwesenden Schreiner sich dem Verbande angeschlossen, und sofort der Vorstand der neuen Zahlstelle gewählt werden konnte. Es ist nun Aufgabe der organisierten Kollegen, dafür zu sorgen, daß die dem Verbande noch fernstehenden baldigst gewonnen werden, denn nur durch Einigkeit ist ein Erfolg gesichert. In dieser Stelle sei auch dem Vorsitzenden des Ortsrats der hiesigen christlichen Gewerkschaften, Kollegen Schwarz, für seine Bemühungen im Interesse der Holzarbeiter der Dank ausgesprochen.

Duisburg. Sämtliche Kollegen, welche in Duisburg in Arbeit treten oder ihre Arbeitsstelle wechseln wollen, mögen sich auf dem Verbandsbüro Arbeiterheim, Seitenstr. 19 melden. Umschauen ist strikte verboten.

Böttcher und Reifennmacher.

Harsum. Die deutsche Böttcher-Zeitung, das Organ des soz. Böttcher- und Weintücher-Verbandes, bringt in Nr. 24 eine Notiz: „Christliche Fassbandmacher als Streikbrecher! In dieser Notiz wird die Behauptung aufgestellt, daß in Harsum von unseren Kollegen Streikarbeit geleistet wird, ferner, daß der Zentralvorstand des christlichen Holzarbeiter-Verbandes von der Verwaltung in Harsum aufgefordert sei, für Abstellung dieses Mißstandes zu sorgen.

Wie bemerken dazu: Für unsere Kollegen besteht in Harsum ein Tarifvertrag, abgeschlossen mit den Firmen Rohmann und Frise. Und ist bis heute nicht bekannt, daß die Firma Rohmann in Harsum anderen Arbeitgebern Konkurrenzdienste angeboten hat, wie die Böttcher-Zeitung schreibt. Der Beschäftigungsgrad ist bei Rohmann wie in anderen Jahren normal.

Es ist unwahr, wenn von der Böttcher-Ztg. behauptet wird, daß der Zentralvorstand unseres Verbandes aufgefordert ist, für Abstellung des Mißstandes zu sorgen. Unser Bezirksleiter in Hannover ist in den letzten Wochen mehrmals in Harsum gewesen, um durch Verhandlungen mit der Firma Rohmann einige neue Positionen im Vertrage bezüglich der Preisfestsetzung zu erlangen. Unsern Kollegen in Harsum ist von Streikarbeit nichts bekannt.

Dann stellen wir folgendes fest: Am Sonntag den 7. Mai ist der Gaudorfischer Wagner vom soz. Böttcher-Verband mit dem soz. Arbeiter-Sekretär Wegener aus Hildesheim in Harsum gewesen, hat unsere Mitglieder zu einer Versammlung zusammengetrommelt, sie zum Eintritt in den soz. Böttcher-Verband auf-

gefordert und verlangt, mit zu streiken. Unsere Kollegen blieben jedoch den Strengengefängen eines Wagner gegenüber kühl und ihrem Verbande treu.

Wagner versuchte also hinter dem Rücken unserer Bezirksleitung und des Zentralvorstandes unsere Mitglieder in Harsum in den Streik zu hegen, obwohl er wußte, daß unser Verband im Vertragsverhältnis mit den Reifennmacher-Firmen in Harsum steht. Warum setzte sich Wagner nicht mit der Bezirksleitung unseres Verbandes in Verbindung? Man sucht anscheinend nach einem Sündenbock für den Ausgang des Streiks in Culm und Schult.

Stuhrohrarbeiter.

Bremen. Eine sehr anregend verlaufene Branchenversammlung der in unserem Verband organisierten Stuhrohrarbeiter fand am Dienstag, den 13. Juni im Colosseum statt. Nach Eröffnung der Versammlung durch den Vorsitzenden Kollegen Jahn, erhielt Arbeitersekretär Kollege Hartwig das Wort zu einem Vortrage über „Wesen und Ziele der christlichen Gewerkschaften.“ In einstündigem Vortrage besprach der Redner die Grundlage der christlichen Arbeiterbewegung. Nicht Macht allein dürfe die Richtung im wirtschaftlichen Kampfe bestimmen, es müsse vielmehr im Gegensatz zur sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung, welche die Herrschaft der Masse propagierte, sowie den Hirsch-Dunderschen Gewerksvereinen, denen überhaupt die Tragkraft großer geistiger Ziele fehle, die Bewegung aufgebaut sei, auf die, sich aus dem christlichen Sittengesetz ergebenden Gerechtigkeitsgrundsätzen. Wo diese klar zur Geltung gelangen, wird man dem Arbeiter seinen ihm als Mensch und Staatsbürger zustehenden geistigen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Anteil an den mannigfaltigen Kulturwerten der Gegenwart nicht vorenthalten können. Dem Vortrage folgte lebhaftige Zustimmung.

Gewerkschaftliches.

„Die sich mit fremden Federn schmücken!“ schrieb kürzlich die sozialdemokratische „Holzarbeiter-Zeitung. In der sozialdemokratischen „Frankfurter Volksstimme“ lesen wir Nr. 133:

Erfolg des Holzarbeiterverbandes in Fulda. In dem „schwarzen“ Fulda, wo bisher die Holzarbeiter unter recht ungünstigen Verhältnissen arbeiten mußten, wurde nach kurzem Streik ein einjähriger Vertrag abgeschlossen, der den Arbeitern wesentliche Vorteile bringt. Die Arbeitszeit wird sofort auf 59 und vom 1. Okt. 1912 auf 57 Stunden pro Woche verkürzt. Ferner wurde eine Lohnerhöhung von 7 Pfg. pro Stunde, verteilt auf die Vertragsperiode erzielt. — Der vertragliche Mindestlohn für Arbeiter von 20—24 Jahren beträgt 36 und über 24 Jahre 42 Pfg. pro Std.

Der deutsche Holzarbeiterverband hatte in Fulda bei der Bewegung ganze 8, unser Verband hingegen war mit 98 Mitglieder beteiligt.

Wie die Sozialdemokratie Anhänger wirbt, das plaudert der „Vorwärts“ in einer Notiz über die Auflage des „freien“ Maurerorgans „Der Grundstein“ offen aus. Erst wird dem Arbeiter plausibel gemacht, daß die „freie“ Gewerkschaft neutral sei und Arbeiter aller religiösen und politischen Anschauung als Mitglieder aufnehmen. Der gut christliche Arbeiter merkt nichts und läßt sich einseifen. Durch das Lesen des „freien“ Verbandsorgan läßt er dann nach und nach von seiner früheren Anschauung ab bis der Sozialdemokrat fertig ist. Die Gewerkschaftspressen muß der soziald. Partei Vorspanndienste leisten. So auch der „Grundstein“ über den der Vorwärts Nr. 36 schreibt:

„Der Grundstein“, war seit seinem Bestehen in sozialistischem Geiste redigiert: er hat in der Zeit seines Bestehens manches Samen Korn ausgestreut und manchen Kämpfer für die Sache des Proletariat gewonnen. In manchem dunklen, von der Feilschheit beherrschten Dorfe, wo vor 10 oder 15 Jahren noch kein sozialistischer Agitator erfolgreich wirken konnte, hat er langsam und systematisch den Boden für spätere Erfolge geebnet. Er konnte das vielleicht besser als alle anderen Gewerkschaftsblätter, weil ein sehr großer Prozentsatz seiner Leser auf dem Lande wohnt.“

Die Nag' aus dem Sack. In einer Versammlung zu Thorn am 27. Mai referierte der Tapezierer-Obereingewisse Broßwitz über die letzte Danziger Lohnbewegung der Tapezierer. Das „Korrespondenzblatt“ des roten Verbandes (Nr. 23 vom 10. Juni 1911) meldet hierüber:

„Er schilderte Zeit und Umstände, unter welchen die christlichen Arbeiterorganisationen gegründet wurden. Denn die Danziger Lohnbewegung wurde nicht nur gegen die Unternehmer, sondern auch gegen die Christlichen geführt und von dem Ausfall derselben sollte es abhängen, ob die Christlichen auch in unserem Verufe hier im Osten ihr Spiel treiben könnten, wie sie es in anderen Verufen schon tun. — Der Sieg unserer Danziger Kollegen wird daher von weitgehender Wirkung sein für den ganzen Osten.“

Werden die Scharfmacher dem Genossen Broßwitz und der Redaktion des „Korrespondenzblattes“ dankbar sein, daß sie in so unverblühter Weise zeigen, daß nicht nur Streiks zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sondern auch zur Bekämpfung anderer Arbeiterorganisationen geführt werden. Die schönste Unterlage für ein Anti-Streikgesetz! — Unsere Kollegen aber wollen sich recht gut und dauernd merken, mit welchem Paß sie bei Lohnbewegungen zu tun haben können.

Und Pfeninger sprach! „Genosse“ Pfeninger-München hat vor kurzem eine Versammlungstour im Gau Düsseldorf des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes gemacht und sieht er sich zu seinem Leidwesen gezwungen, in Nr. 24 der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu erklären, „daß von wenigen Ausnahmen abgesehen, die Versammlungen nur mangelhaft besucht waren.“ Im übrigen aber ist er höchst erfreut, daß die rote Holzarbeiter-Zahlstelle in Aachen „dank der intensiven Agitation, welche der vom Verbandsvorstand dorthin entsandte Kollege Clement entfachte, einen schönen Aufschwung genommen“ hat. Das ist die ganze Freude, die u. G. doch etwas reichlich groß ist. Schadet aber nichts, daß dem armen Clement in dieser Weise etwas Mut gemacht wird. Einen Trost aber hat Pfeninger:

„Die Christen, welche dort ihre Hauptmacht besitzen, sind trotz der großen Zahl von agitatorischen Kräften, die ihnen zur Verfügung stehen, nicht in der Lage gewesen, die oft nach Hunderten zählenden Indifferenten für sich zu gewinnen. Ja, ich besaube,

daß der weitaus größte Teil von den Christen nichts wissen will, sich aber auch nicht getraut, um unserm Verbande zu gehen, um nicht als Note verschrien und beim Arbeitgeber verraten zu werden. So ist dort noch ein großes Agitationsfeld vorhanden, schwer zu bearbeiten, aber bearbeitet und zwar systematisch bearbeitet werden muß es. Und dazu glaube ich, ist der Schritt, der in Aachen gemacht wurde, wohl der beste und auch die Erfolge sprechen dafür, daß dies der gangbarste Weg ist; seitlich darf der kleinliche Standpunkt der Kostenfrage nicht in den Vordergrund treten.“

Mehr Lokalbeamte nach Rheinsland und Westfalen ist also der Pfeningerische Wunsch. Ob die's machen werden? Und wenn sie kommen? Die Verdoppelung der Agitationsarbeit unserer westdeutschen Kollegen ist die beste Antwort!

Eine Sondergründung der roten Maler. Die Filiale Leipzig des sozialdemokratischen Malerverbandes hat sich von diesem losgesagt und eine lokale Organisation gebildet. Grund zu diesem Schritt sollen die Beschlüsse des letzten Verbandstages sein. In der Resolution der Leipziger Maler, die die Gründung der Lokalorganisation zu rechtfertigen sucht, heißt es, „daß es die Leipziger Kollegen unter ihrer Würde erachten, noch länger einem Verbande anzugehören, in dem die Rechte der Mitglieder verweigert werden. Die Leipziger Kollegen verweigern daher mit dem heutigen Tage die Abfuhr der Beiträge an die Hauptkasse und legen sofort einen provisorischen Vorstand ein, der die Grundlagen zu einem neuen Zentralverband einzuleiten hat, in dem den Mitgliedern ihre vollen Rechte garantiert werden. Die Versammelten verpflichten sich, mit allem Nachdruck für diesen Verband zu wirken.“ (Vorwärts, 2. Juni 1911.)

Streik überall. In der Genfer sozialdemokratischen Genossenschaftsweberei traten jüngst die Arbeiter in den Streik um eine Verkürzung der langen Arbeitszeit an bestimmten Montagen (die auf die Wochen folgen, in denen ein Feiertag war) zu erreichen. Die Forderung wurde dem Genossen von ihren Obergewissen nicht bewilligt und — der Streik ging für die Arbeiter verloren. — In Paris streikten die Angestellten der drei größten sozialdemokratischen Konsumvereine um einen Mindestlohn von 50 Fr. pro Woche zu erzielen. Die Leitung der Konsumvereine hat den Arbeitern den Bescheid zukommen lassen, sie würde die Forderung bewilligen, wenn dieses seitens aller Kaufleute in Paris ebenfalls geschehe.

Die größten Lumpen. Ehedem waren die Herren Bernhard und Calmer im soziald. Lager recht angesehene Leute. Calmer brachte es sogar zum soziald. Reichstagsabgeordneten. Später gingen die beiden dann ihre eigenen Wege. Neuerdings schrieben beide je einen Artikel, die sich mit dem Radikalismus in der Sozialdemokratie befaßten. Uebereinstimmend wurde in den zwei Artikeln festgestellt, daß es hauptsächlich Ausländer seien, die in Deutschland den sozialdemokratischen Radikalismus nährten. Hinter dieser Feststellung vermutet der „Vorwärts“ eine Denunziation, damit die Polizei die lästigen Ausländer ausweise. Denunzianten sollen aber die „größten Lumpen“ sein. Dazu sei die Bernhardsche Denunziation noch eine Schuftigkeit, während zugunsten Calwers angenommen wird, daß er nur aus Dummheit so gehandelt hat. — So ist's bei den „Genossen“ immer. Solange jemand auf sozialdemokratische Programme schwört, ist er ein tüchtiger Kerl. Hat er aber mal eine eigene Meinung, oder lehrt er gar der Sozialdemokratie den Rücken, dann ist's ein dummer Kerl, oder er handelt aus Gemeinheit und Schuftigkeit. Bei Gelegenheit der Debatten im Reichstage über die Reichsversicherungsordnung schilderte unser Kollege, Abg. Becker-Arnsberg eine ähnliche Methode der „Genossen“ mit den Worten: „Wenn sich ein sozialdemokratischer Botschude mit Freiherrn von Hertling (dem bekannten Münchener Philosophen) in ein staats-philosophisches Gespräch einläßt, dann wird man anderntags in der sozialdemokratischen Presse lesen können: „Unser „Genosse“ hat die bürgerliche Leute gut abgeführt.“ — Auch die Herren Bernhard und Calmer sollten wissen, daß nur ein „Genosse“ richtig denken kann. Wer nicht Sozialdemokrat ist, gehört nach sozialdemokratischer Auffassung eben zu den dummen Kerlen.

Ein Zentralarbeitsnachweis in der Schweiz. Der Zentralverband christlich-sozialer Arbeiterorganisationen der Schweiz hat eine Zentralstelle für Arbeitsnachweis in St. Gallen, Bankgasse 4 eröffnet. Es ist eine unentgeltliche Vermittlung für Arbeiter aller Branchen vorgesehen. Arbeitsuchende Kollegen, die nach der Schweiz reisen, werden gebeten, das Umschauen zu unterlassen und sich direkt schriftlich oder mündlich an den Zentralarbeitsnachweis zu wenden. Bei schriftlicher Auskunft wird Rückporto erbeten; auch ausländische Postwertzeichen werden angenommen. Briefe und Karten nach der Schweiz sind doppelt zu frankieren; angenommen ist der Grenzrayon. Der Arbeitsnachweis wird vom früheren Sekretär des schweizerischen christlichen Holzarbeiterverbandes, Kollege Georg Eisele, geleitet.

Ein Vereingefallener. Der sozialdemokratische und freigewerkschaftliche Agitator Wiedmann von Landskron, hatte Mitgliedern des christl. Staats- und Gemeindefacharbeiterverbandes gegenüber behauptet: „Seht euren Oswald an, der hat Unterschleifs von mehr als 70000 Mk. gemacht, jetzt ist er durchgebrannt und ihr laßt ihn laufen.“ Diefershalb wegen der verleumdlichen Bescheidung verklagt, gab Wiedmann vor dem Gericht in Landskron klein bei. Er bequeme sich die Äußerung mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückzunehmen, in mehreren Zeitungen Widerruf zu leisten und die Kosten des Prozesses zu tragen. — Der Mann ist jedenfalls ein Opfer der Wolf'schen Broschüre geworden, in der bekanntlich allerlei über den Staats- und Gemeindefacharbeiterverband zusammengetragen ist. In der Verhandlung gegen Wiedmann erhaltete der gerichtlich vereidigte Bücherrevisor Melchner aus München über die vorgenommene Revision der Kasse und der Bücher des genannten Verbandes ein Gutachten in dem es hinsichtlich der Wolf'schen Beschuldigungen heißt:

„Sämtliche Behauptungen des Hrn. Wolf sind in meinem Revisionsbericht vom 1. Oktober 1910 als unrichtig widerlegt. Hr. Wolf hat seine Zahlen, mit denen er operiert, willkürlich aus jedem Zusammenhang herausgegriffen. Wer die Broschüre Wolf's

gelesen hat, kommt zu der Ueberzeugung, daß dieselbe nur aus Rache geschrieben ist, zu dem Zwecke, den Verband zu schädigen. Es fehlen der Anklageschrift Wolffs, soweit mir als Bücherrevisor die Dinge bekannt sind, jegliche Grundlagen. Oswald kommt als Vorsitzender überhaupt nicht in die Lage, Gelder des Verbandes, die vom Kassierer verwaltet werden, zu unterschlagen, es müßte denn sein, daß die ganze Vorstandschaft mit dem Kassierer unter einer Dede stecken würde. Dieses ist aber ausgeschlossen. Der Kassierer hat seine Kasse tabellos und mit einer peinlichen Gewissenhaftigkeit geführt, und alle Einträge und Buchungen gewissenhaft gemacht. Ich kann sagen, daß der Kassierer Harter mit jellener Fleiß seine Kassengeschäfte verrichtet. Die Revision der Bücher und der Vergleich der Belege, die ordnungsgemäß zur Auszahlung angewiesen wurden, hat ergeben, daß alles in Ordnung ist. Der Vorwurf, daß Oswald Unterschlagungen begangen habe, trifft nicht zu. Ebensonenig kann von einer Fälschung und absichtlichen Verschleuderung die Rede sein."

Dieses Gutachten wird selbstverständlich keinen „Genossen“ veranlassen, der Wahrheit die Ehre zu geben.

Überall ist er zu Hause, der rote Terrorismus nämlich. In Davos-Schweiz wurden die christlich-organisierten Schreiner Hammer und Wohner von den Holzgenossen Sörensen, Berg und Hallbauer beleidigt, bedroht, mißhandelt, neben den sonstigen Qualereien, die bei der Arbeit fortwährend im Gange waren. Als die Christlichen aus dem Betriebe nicht zu verdrängen waren, legten die beschäftigten 11 Genossen die Arbeit nieder. Das Davoser Kreisgericht machte mit den drei Hauptgelehrten schnellen Prozess. Innerhalb 14 Tagen waren sie verurteilt und zwar Sörensen zu vier Wochen Gefängnis, dreijähriger Ausweisung und 87 Fr. Kosten; Berg zu zwei Wochen Gefängnis, zweijähriger Ausweisung und 66 Fr. Kosten und Hallbauer zu einer Woche Gefängnis, zweijähriger Ausweisung und Fr. 55.50 Kosten. — Bon Rechts wegen!

Eine Verleumdung. In Leipzig wird von den Holzgenossen erzählt, daß in der Pianofabrik Späthe in Gera (Neuh) von unserem Verbands ein Teil Mitglieder trotz Sperre arbeitet. Dieselben sollen von der Berliner Jahreshilfe hingeschickt sein und sollen sie, nachdem sie von den Noten aufmerksamer gemacht waren, 200 Mk. vom sozial. Holzarbeiterverbande in Gera verlangt haben. — Wir stellen hiermit fest, daß die Erzählung eine der üblichen roten Schwindeleien ist, und kein einziges unserer Verbandsmitglieder bei Späthe in Gera arbeitet.

Soziale Rundschau.

Die Holz-Verf. u. Gewerkschafts-Verbandsorganisation (Seite II umfassend den Regierungsbezirk Arnberg) umfaßte am Ende des Jahres 1910 5339 Betriebe mit durchschnittlich 49487 beschäftigten Holzarbeitern. Im Jahre 1910 wurden im Bereiche der Sektion 1703 Unfälle gemeldet. Davon betreffen Bau- und Maschinenarbeiter 76. Einer dieser Unfälle (Bauarbeiter) verlief tödlich. 23 Unfälle waren einschlagungspflichtig. Hinsichtlich der Unfallverhütung liegt, wie die technischen Aufsichtsberechtigten der Sektion feststellen, noch manches im argen. Nach wie vor wurden bezüglich der Schutzvorrichtungen an Holzbearbeitungsmaschinen, namentlich Kreisfrägen, Abziehholzmäschinen, Tischfrägen, Zuwiderhandlungen gegen die Unfallverhütungsvorschriften der Holz-Berufsorganisation festgestellt. In 128 Betrieben waren die Treppentrittungen, Kalkgruben pp. nicht abgedeckt oder eingetriedigt, in 6 Betrieben waren die Türöffnungen nach Räumen ohne gleich hohen Fußboden nicht mit Brustgelen abgeperrt, und in 42 Betrieben waren die Treppentritte pp. ohne Kniegelen.

Bildung a. D. Eine Konferenz von sozial. Bildungsausschüssen von Rheinland und Westfalen beschloß in Düsseldorf die Auflösung der Westfälischen Zentralkommission. Jedemfalls deshalb, weil die Kommission selbst nichts von Bildungsmöglichkeiten verstand. Sie müßten sich vom Chef des sozial. Bildungsausschusses, dem „Genossen“ H. Schulz, jagen lassen, daß sie die Streikabend-Besuche besser nicht vermitteln hätten. Auch die Herausgabe der Dr. Franzischen „Politischen Zeitschrift“ sei kein glücklicher Gedanke gewesen. Da die Kommission aber noch nicht viel mehr getan hat, als Streikabend zu vermitteln und „Politische Zeitschrift“ zu verabsoluten, jetzt das Wort des hohen Chefs die Düsseldorf „Bildungs-Genossen a. D.“

Was die Sozialdemokraten wollen. Als die Reichsversicherungsordnung im Reichstage zur Erledigung stand, konnte man alle Tage in der sozial. Presse eine lange Litanei von abgelehnten sozial. Anträgen lesen. Erst kam die Forderung der sozial. Reichsflaggenführung, dann in dieser Einseitigkeit beherrschend her: Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien! Damit sollte gezeigt werden, daß nur die Sozialdemokratie die Interessen der Arbeiter vertritt, hingegen alle bürgerlichen Parteien nichts für die Arbeiter tun übrig haben. Die „Hamburger Nachrichten“ stellen jetzt zusammen, welche Maßnahmen für die Arbeiterversicherung notwendig gewesen wären, wenn alle sozial. Anträge eine

Mehrheit gefunden hätten. Es hätte die Summe von jährlich 2 Milliarden Mark nicht gereicht. Im einzelnen forderten die Sozialdemokraten:

Krankenversicherung: 1. Erhöhung der Gehaltsgrenze für Angestellte von 2000 auf 5000 Mk. — Mehrkosten jährlich fast 29 Millionen. 2) Erhöhung des Krankengeldes auf den vollen Grundlohn — jährliche Mehrkosten über 123 1/2 Millionen Mark. 3) Gewährung des Krankengeldes für jeden Tag statt für jeden Arbeitstag — jährlich mehr fast 10 1/2 Millionen Mark. 4) Erhöhung des Hausgeldes von der Hälfte auf drei Viertel des Krankengeldes — jährliche Mehrkosten über 3 Millionen Mark. 5) und 6) Mehrleistungen an Schwangere und Wöchnerinnen (davon aus Mangel an Unterlagen nicht zu schätzen: die Kosten für Ausdehnung der Unterhaltung auf 6 Monate vor der Niederkunft) — 23 1/2 Millionen. 7) Gewährung von Stillsitzen — jährlich mehr 170 Millionen. 8) Einführung obligatorischer Familienfürsorge — mehr 150 Millionen Mark jährlich. 9) Gewährung von Sterbegeld an versicherungsfreie Ehegatten und Kinder — über 7 Millionen Mark und 10) Hausgeld an Angehörige von Versicherten, die eine Freiheitsstrafe abbüßen — die Mehrkosten lassen sich wegen Mangel an Unterlagen nicht schätzen. Insgesamt würde die Altersversicherung durch die sozialdemokratischen Forderungen, soweit deren finanzielle Wirkung schätzbar ist, eine jährliche Mehrbelastung von über 517 Millionen Mark erfahren.

Unfallversicherung: Erhöhung der Verletzenteile von 66 2/3 v. H. auf 100 v. H. — 118 Mill. Erhöhung der Witwenrente von 20 v. H. auf 33 1/2 v. H. — 10 Millionen, Erweiterung der Bezugsdauer der Witwenrente bis zum vollendeten 18. Lebensjahre — über 12 1/2 Millionen. Erhöhung der Witwenabfindung von drei Fünfteln auf fünf Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes — und Erhöhung der Hinterbliebenenrente zusammen rund 1 Million. Erhöhung des Gesamtbetrages der Hinterbliebenenrente von drei Fünfteln auf fünf Fünftel des Jahresarbeitsverdienstes — 1 1/2 Millionen. Ausdehnung der Unfallversicherung der Seeleute auf klimatische Krankheiten — über 1/2 Million. Erhöhung des Geldwertes der Beförderung für Vollmatrosen — 160 000 Mk., jedoch — abgesehen von fünf nicht schätzbaren Forderungen — die Mehrbelastung der Unfallversicherung sich auf fast 143 1/2 Millionen Mark jährlich belaufen würde.

Zuvaliden- und Hinterbliebenenversicherung: 1) Befreiung der Altersgrenze von 16 Jahren für den Eintritt in die Versicherung — 19 Millionen. 2) Einbeziehung der Hausgewerbetreibenden — über 8 1/2 Millionen. 3) Erhöhung der Grenze für den Jahresarbeitsverdienst der Betriebsbeamten usw. von 2000 Mk. auf 2500 Mk. — über 7 1/2 Millionen. 4) Aenderung der Grenze der Erwerbsfähigkeit von 1/2 auf 1/2 — 326 Millionen. 5) Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre — über 28 1/2 Millionen. 6) Gewährung der Witwenrente an alle Witwen und Erhöhung der Witwen- und Waisenrente auf 20 v. H. — fast 253 1/2 Millionen. 7) Gewährung an Waisenrente auch an uneheliche Kinder unter 15 Jahren — 1 1/2 Mill. 8) Erweiterung des Kreises der Rentenberechtigten für Kinder versierter gewerblicher Mütter — Abschätzung unmöglich. 9) Erweiterung des Zeilerverfahrens fast 77 1/2 Millionen. 10) Verdoppelung des Reichszulusses — fast 98 Millionen. 11) bis 15) Verdoppelung der Leistungen der Versicherungsträger — rund 542 1/2 Millionen Mark."

Das alles fordern dieselben Leute von demselben Staate, dem sie die Mittel zu seiner Existenz verweigern. Ganz abgesehen sei von der Beantwortung der Frage, ob die deutsche Volkswirtschaft heute schon so gefestigt ist, daß sie auch jene von der Sozialdemokratie verlangten 2 Milliarden Mark pro Jahr tragen kann. Einen edlen Sozialdemokraten berührt so etwas alles nicht. Grundlegend fordert er ebenso viel und noch mehr vom Staate, als er ihm auf der andern Seite verweigert. Es klingt geradezu wie eine Verhöhnung der Arbeiterkraft, wenn die Sozialdemokratie sich hinstellt und erklärt: „Sieh, das alles wollte ich für Dich tun“ und auf der andern Seite es ablehnt, dem Staate die Mittel in die Hand zu geben, damit er den Wünschen der Sozialdemokratie nachkommen kann. Dem Armen viel versprechen, aber nichts geben, die Besitzenden fortwährend bedrohen, das es ihnen an den Krügen ginge, dabei ihn aber mit Steuern schonend, das ist sozial. Latit. Bei der Reichsversicherungsordnung verspricht man alles; bei der Einführung der Böhrensteuer aber, der Besteuerung der Totafaktoren, der Erhöhung des Zelles auf ausländischen Champagner, auf Anker, persische Teppiche, Edelsteine, Luxuswagen, der Champagnersteuer, des Stiefelsteuers, der Latonsteuer, die Wertzuwachssteuer usw., da versagte man. Den Armen viel versprechen, den Böhrenjockern, Lebensmittel- und Grundstückspekulanten drehen ohne ihnen wehe zu tun, so erhält man sich die Popularität. Sibi es caritas?

Soziale Kongresse. Der 22. evangelisch-soziale Kongress fand am 7. und 8. Juni in Danzig statt. Man beschäftigte sich hier mit der Landflucht und der Schule als Faktor der sozialen Erziehung. Bemerkenswert sind aus der Begrüßungsrede des Vorsitzenden Professor Dr. Harnack die Worte:

Wir dürfen nicht ruhen und lassen, bis bessere Wohnungsverhältnisse hergestellt sind und müssen auf evangelisch-sozialem Boden tätig sein, um das Übel unserer Lage, den Massengeißel und den Sozialismus, zu bekämpfen. Denn er vor allem

hält die Selbständigkeit und Freude großer Schichten des Volkes baneuber, nicht der Mangel an Brot. Wünschen wir unserem Nächsten, daß er sich in seinem Beruf und Stand wohl befinden möge, so müssen wir als Mensch zum Menschen zu ihm sprechen und ihm sozusagen mindestens das Existenzminimum geistiger und moralischer Selbständigkeit, Freiheit und Ehre einräumen."

In Nürnberg tagte zu gleicher Zeit der kirchlich-soziale Kongress. Der Präsident der freien kirchlich-sozialen Konferenz, Geheimrat Dr. Seeberg (Berlin), führte hier aus, daß sich an das „kirchlich“ wie an das „sozial“ so manches Problem knüpfe. „Wir stehen vor Fragen, die hinabreichen bis an die Wurzeln unserer Existenz. Als kirchliche soziale Konferenz führen wir aber keinen Parteikampf, wir ringen nicht um den Sieg eines Parteiprogramms, sondern wir bemühen uns nur um die Wahrheit. Wir wollen den Dingen auf den Grund sehen und nicht Gründe suchen für den Widerstreit der Tagesmeinungen.“ Der Kongress nahm Vorträge entgegen über Staatsarbeiterverbände (Referent war der Vorsitzende unseres Elberfelder Eisenbahnerverbandes Kollege Hofer) und über die soziale Lage der Schaupielerrinnen.

Die Bodenreformer fanden sich zu ihrer 21. Hauptversammlung am 5. Juni zu Dresden ein. Ueber die Arbeit des Bundes deutscher Bodenreformer seit der letzten Generalversammlung, die mitten im Kampfe um die Reichs-erwerbsteuer vor 7 Monaten in Solha stattfand, berichtete Damaskos. Als eine der bedeutendsten Aufgaben der Zukunft erscheine die Behandlung des Kohlenstoffes. „Es darf nicht dahin kommen, daß über die Kohlenstoffe der deutschen Erde, über dies unentbehrliche Brot der deutschen Industrie, über das Heizmittel, das jede Familie braucht, eine Handvoll unverantwortlicher Privatleute in Düsseldorf und Essen entscheiden könnte. Die Bodenreform wird ihren Weg gehen zum Heil und Segen des deutschen Volkes.“ Von den sonstigen Verhandlungsgegenständen seien erwähnt: „Säuglingsfürsorge und Wohnungsfrage“ (Professor Siegel-Eöln), „Die Reform des Enteignungsverfahrens“ (Professor Dertmann-Erlangen), „Die Bedeutung der Bodenreform für kleinere und mittlere Gemeinden“ (Bürgermeister Freytag-Bensheim und Bürgermeister Meymacher-Langensfeld), „Die Steuer nach dem gemeinen Wert und ihre Ausgestaltung“ (Stadttrat Sembaitz-Königsberg).

Zur Verabschiedung der Reichsversicherungsordnungsvorlage bemerkt gegenüber den maßlosen Angriffen einer judenliberalen Presse (Berliner Tageblatt) auf das Gesetz der konservative „Reichsbote“:

„Als „Spottgeburt eines sozialen Gesetzes“ wird dieses Werk beschimpft, das trotzdem für alle Zeiten eine soziale Großtat bleiben wird, deren Gelingen sich die besten Männer unseres Landes als einen dauernden Erfolg gutschreiben dürfen. Und trotz dieser im Munde eines leider vielgelesenen Blattes doppelt unangebrachten Schmähung hat sich im letzten Augenblick ein ganz ansehnlicher Teil der Öffentlichkeit dieses Blattes dennoch zu dem Werke bekant. Was soll also dieser ganze Lärm? Hat man sich in seinem Heßbedürfnis schon so verrannt, daß man selbst das „Ja!“ auf den eigenen Lippen noch mit Keifen und Schellen begleiten muß?“

Aus dem gewerblichen Leben.

Ein großer Konkurs zu Düsseldorf. Die Düsseldorfer Holzfirma Friedrich und Wilhelm Hüllstrung, die seit 30 Jahren am Orte eine Holzhandlung und ein Sägewerk betreibt, ist in Konkurs geraten. Das Konkursverfahren wurde von einer Bank beantragt, die Forderungen von etwa 1 Million Mark hat.

Bayer & Leibfried, Akt.-Ges. in Eßlingen. Diese vormals „Württembergische Holzwarenmanufaktur A.-G. vorm. Bayer & Leibfried“ benannte Gesellschaft, verteilt für das letzte Geschäftsjahr eine Dividende von 4 1/2 Prozent. 19 804 Mk. werden auf neue Rechnung vorgelagert.

Briefkasten.

Ein Kollege bittet Verbandsmitglieder, die Erfahrungen gesammelt haben, um Beantwortung folgender Fragen:

- 1) Welches sind die besten Hilfsmittel (Grundierpräparate) zu polieren, so daß bei zum zweiten Mal polieren auf jeder Holzart und Beizung eine ausschlagfreie und tabellose Politur erzielt wird?
 - 2) Wo kann man diese Hilfsmittel am besten und vorteilhaftesten erhalten?
- Die Antworten wollen bitte an die Geschäftsstelle des Verbandes gefandt werden.

Adressenveränderungen.

- Altenstein. V. Franz Krenzel, Langgasse 15.
- Augsburg. R. Zimmer, Gefellenhaus, Frauenstr. 14. 12-1.
- Arnberg i. B. V. Karl von Kannstein, Schloßstraße 31.
- Friburg. V. R. Josef Hejmann, Schonacherstraße 532.
- Mun a. D. V. Rupert Stoder, In den alten Röhren 7.
- R. Gefellenhaus 7-8.
- Geugenbach. V. R. Joseph Görger III.
- Detmold. Fritz Hubepohl, Lagoschstraße 143.

Wir suchen für unsere Dreieck-Poliermaschinen 2 tüchtige Monteure für geschäftliche und gew. Reparatur, 1 Schleifer zum Schleifen mit Sandpapier (Schleifel), 1 Fräher für Kreisfrägen. Dauernde Beschäftigung und guter Lohn garantiert.

Gebüder Günther, Höhr b. Koblenz.

Tischler findet hier die besten Werkzeuge ihrer Art! sparen viel Zeit, Geld und Verdruß! geben allen Sägen jede gewünschte Schnittweite! schaffen stets gleichmäßig glatten Schnitt! verhindern das Abbrechen und Einreißen der Zähne! schränken Gatter und Kreisfrägen ohne abzuspinnen! sind von einfacher dauerhafter Konstruktion! von jedem, selbst von Blinden leicht zu handhaben! immer billiger im Preis! mit Garantie! deshalb jedem Fachmann zu empfehlen!

Zu beziehen von
Bernhard Breuer, Gindorf, Niederrh.

Zwei Kaffeemacher jetzt ganz neu.
Dauerhafter Paul Otto,
Friedrichstraße 15.

Breuer's Patent-Schränkeisen D. R. P.

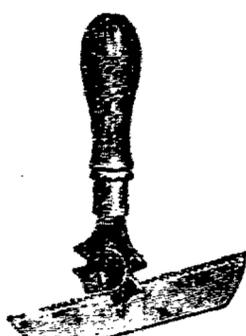
für alle Hand-, Band-, Gatter- und Kreisfrägen

Breuer's Patent-Schränkeisen D. R. P.

für alle Hand-, Band-, Gatter- und Kreisfrägen

sparen viel Zeit, Geld und Verdruß!
geben allen Sägen jede gewünschte Schnittweite!
schaffen stets gleichmäßig glatten Schnitt!
verhindern das Abbrechen und Einreißen der Zähne!
schränken Gatter und Kreisfrägen ohne abzuspinnen!
sind von einfacher dauerhafter Konstruktion!
von jedem, selbst von Blinden leicht zu handhaben!
immer billiger im Preis! mit Garantie!
deshalb jedem Fachmann zu empfehlen!

Zu beziehen von
Bernhard Breuer, Gindorf, Niederrh.



Eingelegte Fourniere
für Nähtische, Schatullen u. Füllungen.
Musterbogen gegen 20 Pfg. in Briefmarken.
Zahlreiche Anerkennungschriften.

Eustach. Biller,
Marqueter, Heidelberg, Theaterstraße 7.

Bautischler
Ehren und von neuerer Stilart 80 Entwürfe Nr. 7.50, 32 Stück Nr. 3.30. Ferner Lader-Einrichtungen im neueren Stil. 10 Einrichtungen einfach und mittelreich Nr. 6.—
Max Alex, Seifenmacher, Berlin, Frankfurter-Allee 135.